

Kurz & bündig

Soziale Lage verschärft sich

Die Ergebnisse der 18. Sozialerhebung des Studentenwerks zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in Deutschland bestätigten, was die GEW schon lange beklagt: Die soziale Kluft an den Universitäten wird immer tiefer und die soziale Selektion immer schärfer. Auch die Beschäftigungsverhältnisse sowie Lebensbedingungen der Studierenden werden zunehmend prekärer! Steigende Lebenshaltungskosten und Bildungsausgaben bei gleich bleibenden monatlichen Einnahmen sind dafür Indikatoren. Die vollständigen Ergebnisse finden sich unter: www.sozialerhebung.de

HRG fällt

Unter dem Deckmantel der Föderalismusreform soll im Oktober 2008 das Hochschulrahmengesetz (HRG) ersatzlos entfallen. Aber schon in der Begründung des Antrages der Bundesregierung wird deutlich, welche Ziel der Wegfall eigentlich verfolgt: Zugunsten des „Wettbewerbs“ soll auf eine bundeseinheitliche, gesetzliche Steuerung der Hochschulen verzichtet werden. Neben einer weiteren Ökonomisierung und Entdemokratisierung der Hochschulen, droht bestehenden Mitbestimmungsstrukturen, einheitlichen Zulassungsvoraussetzungen und der Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen durch den Wegfall des HRG das Aus.

Bildung ist Menschenrecht

Das deutsche Bildungssystem reproduziert und verstärkt soziale Ungleichheit. Das ist in den PISA-Studien, der neuen DSW-Sozialerhebung oder im Bericht des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen für das Recht auf Bildung, Prof. Dr. Vernor Muñoz Villalobos, nachzulesen. Zu Ursachen und Auswirkungen veranstalten die GEW Studierendengruppen im Sommersemester gewerkschaftlichen Vorlesungen. Termine und Orte: siehe nächste Seite.

Studiengebühren sind abgewählt Gerichtshof will bald entscheiden

Seit 5. April sind die Gebührengegner im hessischen Landtag in der Mehrheit. Die Abschaffung der Gebühren ist in Sicht. Vor den Sommerferien will der Staatsgerichtshof auf Grundlage der hessischen Verfassung über die Klagen gegen Studiengebühren entscheiden. Im Februar verhandelte er darüber bereits öffentlich, berichtet GEW-Mitarbeiter Andreas Staets.

Am 9. April haben die Fraktionen von SPD und Grünen einen Gesetzentwurf zur Abschaffung von Studiengebühren eingebracht, über den der hessische Landtag wohl vor der Sommerpause beschließen wird. Danach soll es vom Wintersemester an keine Studiengebühren mehr an den hessischen Hochschulen geben. Die sollen stattdessen vom Land Geld für die Verbesserung von Studium und Lehre erhalten, über dessen Verteilung die studentischen Senatsmitglieder maßgeblich mitentscheiden würden.

Bei den Landtagswahlen Ende Januar hatten die Parteien, die versprochen hatten, Studiengebühren abzuschaffen, eine Mehrheit erzielt. Eine von der Linken tolerierte Minderheitsregierung von SPD und Grünen war jedoch an Uneinigkeit in der SPD-Fraktion gescheitert. Die 17. Legislaturperiode des Landtages begann am 5. April deshalb ohne Regierungskoalition. Der Landtag wird nun mit wechselnden Mehrheiten entscheiden, bis er Neuwahlen beschließt oder eine Koalition zustande kommt. Die Regierung Koch bleibt bis dahin geschäftsführend im Amt – allerdings ohne die bisher für die Bildungspolitik zuständigen Minister Karin Wolff (Kultur) und Udo

Corts (Wissenschaft). Diese Ministerien werden nun von Justizminister Jürgen Banzer und der Sozialministerin Silke Lautenschläger zusätzlich verwaltet.

Der scheidende Minister Udo Corts konnte sich noch über eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes Kassel freuen, bevor er zum 1. April in die Versicherungsbranche wechselte. Hessens oberste Verwaltungsrichter hoben mehrere Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Gießen auf, das klagenden Studierenden die Gebühren bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes erlassen hatte. Bei dessen öffentlicher Verhandlung in Sachen Studiengebühren machte Corts am 13. Februar dagegen keine gute Figur. Mit politischen Programmsätzen weitab der juristischen Auseinandersetzung geriet er in Widerspruch zur Argumentation seiner Anwälte. Nach der Mittagspause antwortete dann ein Referent des Ministeriums auf die zahlreichen Nachfragen der Verfassungsrichter. Auch konservative Richter fragten etwa, was denn nach der Argumentation der Regierung überhaupt noch von der in der Verfassung garantierten Gebührenfreiheit übrig bliebe. Das Gericht will noch im Frühjahr entscheiden.



Kinder ohne reiche Eltern können aufatmen. Der ausdauernde Protest hat sich gelohnt: Studiengebühren sind in Hessen bald Vergangenheit.

Wir können auch anders!

Wie kommt studentische Politik wieder aus der Defensive? Unter dem Motto „Für die eigenen Interessen kämpfen“ lädt die GEW vom 6. bis 8. Juni zum studentischen Perspektivkongress nach Frankfurt ein. Warum der nötig ist und was dort passieren soll erklärt der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW (BASS).

Alternative Perspektiven der Hochschulentwicklung

Die Hochschulen befinden sich im Umbruch und stellen damit die studentische Interessenvertretung vor erhebliche Herausforderungen. Das Schreckgespenst der „unternehmerischen Hochschule“ wird mehr und mehr zur Realität. Statt Antworten auf die neuen Herausforderungen zu suchen, wird überwiegend ein hoffnungsloser Abwehrkampf geführt, der

in Aktionismus und kleinen Niederlagen endet.

Wir können auch anders!

Der studentische Perspektivkongress der GEW „Für die eigenen Interessen kämpfen! Alternative Perspektiven der Hochschulentwicklung“ ist Vorschlag und Einladung, die aktuellen hochschulpolitischen Veränderungen zu diskutieren, Erfahrungen zu bilanzieren, sowie Methoden, Instrumente und Organisationsformen studentischer Interessenvertretung zu hinterfragen. Studieren in der „unternehmerischen Hochschule“ - Was wollen Studierende erreichen und wie wollen Studierende das umsetzen?

Für eine autonome Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung

Basierend auf einer gemeinsamen Analyse der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sollen auf dem Kongress Eckpunkte einer alternativen Hochschulentwicklung herausgearbeitet und konkrete Forderungen formuliert werden. Über die Erarbeitung alternativer Modelle sollen diese Forderungen mit der Perspektive einer Richtungsänderung verbunden und konkrete Schritte hin zu einem anderen Bildungssystem aufgezeigt werden.

Für eine wirkungsvolle Hochschulpolitik

Für die eigenen Interessen kämpfen steht für den Versuch, auf die veränderten Bedingungen nicht mehr mit klassischen Konzepten sondern mit einer Veränderung studentischer Strategien und Herangehensweisen zu antworten - um gemeinsam aus der Defensive zu kommen. Es gilt aufzu-



Termine

Bildung und soziale Ungleichheit - die GEW veranstaltet:

21. Mai, 16 Uhr

Universität Gießen

Privatisierung und Kommerzialisierung im Bildungs- und Wissenschaftsbereich im Kontext des Neoliberalismus.

Prof. Dr. Alex Demirovic

29. Mai, 19 Uhr

Universität Frankfurt (Hörsaal B – Campus Bockenheim)

Jugendkriminalität – die Konfliktrichtigkeit sozialer Ausgrenzung.

Prof. Dr. Freek Huiskens

6. - 8. Juni 2008

Frankfurt am Main

Studentischer Kongress der Bildungsgewerkschaft GEW

Für die eigenen Interessen kämpfen! Alternative Perspektiven der Hochschulentwicklung.

Impressum

Die GEW-Hochschulzeitung wird herausgegeben von der GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt.

An dieser Ausgabe mitgewirkt haben: Carmen Ludwig, Jonas Baumann (Layout), Amin Benaissa, Matthias Freiling, Roman George, Florian Hartmann, Katharina Wagner, Nathalie Meyer und Andreas Staets.

Bilder: S.1 Andreas Staets, S.2 GEW-BASS, S.3 Magnus Treiber, S.4 GEW-BASS.

Druck: Druckkollektiv Gießen, Auflage 9.000.

V.i.S.d.P.: Andreas Staets, GEW Büro für Hochschule und Forschung, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg.

zeigen, dass auch die Interessen der Studierenden, die bisher nicht „für ihre Interessen gekämpft“ haben, politischen Ausdruck finden können.

Wären nicht beispielsweise Tarifinitiativen für studentische Beschäftigte ein realistischer Anknüpfungspunkt für die Studierenden, die bisher von linker Politik kaum erreicht worden sind? Warum nicht eine Kampagne starten, mit der wir BAföG als sozialen Lohn begreifen und das Studienhonorar als Weg zu einem bedingungslosen ausreichenden Existenzgeld für alle?

Wie können wir die Kontinuität unseres Kampfes organisieren?

Alternative Perspektiven sollen auf dem Kongress auch mit Blick auf die Organisation studentischer Kämpfe gesucht werden. Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen sollen neue studentische Strategien, Organisations- und Herangehensweisen entwickelt werden. Mit dem Ziel, gemeinsam wieder handlungsfähig zu werden

Welche Anforderungen stellen Studierende mit den Erfahrungen der eigenen Kämpfe an eine für uns nützliche Organisation? Wie kann die GEW für die studentischen Anliegen nützlich sein und was kann sie für Studierende tun?

In diesem Sinne ist der Kongress Einladung und Vorschlag an alle hochschulpolitisch Aktiven, die wie die Studierenden in der GEW daran interessiert sind, „vermeintliche Sachzwänge progressiv zu politisieren“ und so die Wirkungsmächtigkeit studentischer Politik an den Hochschulen (wieder-) herzustellen.

Weiter Infos: www.wissenschaft.gew.de/Studentischer_Perspektivkongress.html

Niedriglöhne an den Hochschulen

...oder wie seit 15 Jahren niemand auf die Idee kam, die Löhne der studentischen und wissenschaftlichen „Hilfskräfte“ zu erhöhen. Roman George, wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität Marburg, berichtet.

An den Hochschulen gilt das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes – außer für die studentischen und wissenschaftlichen „Hilfskräfte“, die somit systematisch benachteiligt werden. Derzeit liegen die Stundenlöhne für die vielfältige und qualifizierte Arbeit der wissenschaftlichen Hilfskräfte bei 12,69 Euro, studentische Hilfskräfte an Universitäten bekommen 8,02 Euro, jene an Fachhochschulen nur 5,86 Euro. Dahinter verbergen sich mehrere Skandale:

- Die Stundenlöhne wurden seit 1993 nicht mehr erhöht! Das bedeutet der Reallohn sinkt seit 15 Jahren!

- Die Stundenlöhne der studentischen Hilfskräfte liegen unter der Niedriglohnschwelle!
- Die Schlechterstellung der studentischen Hilfskräfte an den FH's lässt sich nicht rechtfertigen!
- Die wissenschaftlichen Hilfskräfte werden gegenüber den nach Tarifvertrag bezahlten wissenschaftlichen MitarbeiterInnen wesentlich geringer entlohnt.

Seit 2004 können die hessischen Universitäten selbst über die Bezahlung der Hilfskräfte entscheiden. Doch bislang haben diese kein Interesse gezeigt, die ungerechte Behandlung zu beenden. Das Gegenteil scheint der Fall: In die

Erhöhung der Entgelte der Tarifbeschäftigten zum April 2008 haben die Hochschulen die Hilfskräfte nicht einbezogen. Als einziges gutes Beispiel geht die FH Frankfurt voran, die ihre Stundenlöhne auf neun Euro erhöht hat.

Gegen die Schlechterstellung der Hilfskräfte regt sich inzwischen an immer mehr Hochschulen Widerstand. An den Universitäten Marburg und Frankfurt haben sich Hilfskraftinitiativen gegründet. Sie verlangen von der Universität deutliche Verbesserungen. Langfristig fordern sie eine tarifvertragliche Regelung. Denn einzig in Berlin gibt es bislang einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte. Dieser sichert mit knapp 11 Euro nicht nur deutlich höhere Stundenlöhne, sondern auch längere Vertragslaufzeiten und Sonderzahlungen.

Mehr Informationen und Kontaktmöglichkeit: <http://hilfskraftinitiative.blogspot.de/> und <http://hiwi.blogspot.de>

Wenn ein Drittel der Kurse ausfällt, ...

Ein Streik der Lehrbeauftragten an der Uni München legte 2006 weite Teile des Lehrbetriebs am Institut für Ethnologie und Afrikanistik lahm. Vor dem Hintergrund der Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst in Hessen und an der Uni Frankfurt lohnt sich ein Blick nach Bayern, wo nichtorganisierte Beschäftigte um ihre Rechte kämpften. Wie sich so etwas organisieren lässt und welche Erfolge dadurch erzielt wurden, schildert Streik-Initiator Magnus Treiber im Gespräch mit Katharina Wagner.

Was war Ausgangspunkt eures Streiks?
Lehrbeauftragte arbeiten in der Regel selbständig und meist ohne eigenen Arbeitsplatz an der Universität. Auf der Institutssitzung, die Gelegenheit und Forum bot, brach sich zu Beginn des Sommersemester 2005 wieder einmal allgemeiner Unmut Bahn und wir beschlossen diesmal praktisch zu werden. Ein Jahr später gipfelte unser Protest in der kollektiven Entscheidung, keine Lehraufträge anzunehmen und somit unsere scheinbar selbstverständliche Existenz in der Lehre deutlich zu machen.

Welche zentralen Forderungen hattet ihr und was konnte davon erreicht werden?
Der Abbau von Nachwuchs- und Mittelbaustellen zwingt viele WissenschaftlerInnen in die akademische Billigarbeit. Ganz allgemein wollten wir unser berufliches Engagement gewürdigt sehen und dazu gehört nun einmal eine bessere Bezahlung, aber auch Zugang zu universitären Gremien und Fortbildungen. Klar war, dass wir gegen das Argument leerer Kassen nicht sozialversicherungspflichtige Stellen für alle durchsetzen konnten. Erreicht haben wir eine gewisse Öffentlichkeit der Problematik und eine Anhebung der Lehrauftragsvergütung von 300 auf 600 Euro im Semester.

Welche Schwierigkeiten bei der Mobilisierung der Lehrbeauftragten ergaben sich und wie seid ihr damit umgegangen?

Lehrbeauftragte sind voll damit ausgelastet, sowohl ihren Lebensunterhalt zu finanzieren als auch sich beruflich zu qualifizieren und zusätzlich noch für Lebenspartner und Familie da zu sein. Gewerkschaftliches Engagement bedeutet für viele zusätzlich investierte Zeit. Wesentlich geholfen hat die hartnäckige Vernetzung einiger weniger, die Bereitschaft, sich die Zeit zur Organisation zumindest einzelner Aktionen zu nehmen, sowie die Zusammenarbeit mit dem studentischen Arbeitskreis Gewerkschaften, der GEW Bayern und der AG Lehrbeauftragte der GEW Berlin. *Wie verlief die Kommunikation zwischen den Lehrbeauftragten und mit der Universitäts-Leitung?*

Mit das Schwierigste ist es, solitäre intellektuelle und Spezialisten zu vernetzen, um dann auch der Universitätsleitung geschlossen und überfakultär entgegenzutreten zu können. In der Vorbereitung versuchten wir uns regelmäßig zu treffen, um uns über unser Institut hinaus zu informieren und Kontakte zu Gleichgesinnten, Gewerkschaften und universitären Entscheidungsträgern aufzubauen.



Öffentlich wirksame Aktionen wie eine Ringvorlesung auf dem Münchner Odeonsplatz begleiteten den Lehrbeauftragten-Streik.

Es gelang euch auch Studierende einzubinden. War das ein Schritt zum Erfolg?
Wir haben unser Anliegen in den Kontext der 'Generation Praktikum' gestellt und somit Studierenden Parallelen in ihrer beruflichen Gegenwart und Zukunft aufgezeigt. Ohne die Unterstützung der Studierenden ist ein solcher Arbeitskampf kaum zu bewerkstelligen.

Gemeinsam geht's besser!

Ein Plädoyer für Solidarität und gewerkschaftliches Engagement - von Florian Hartmann und Katharina Wagner

Die letzten Wochen zeigen, dass Gewerkschaften an Stärke gewinnen und gemeinsam mit den Beschäftigten große Erfolge haben und ihre Ziele erreichen können! Auch für uns Studierende gilt: gemeinsam lässt sich mehr gegen die Missstände an unseren Universitäten erreichen.

Die GEW bietet durch ihr Netzwerk von Studierendengruppen, ihre Kooperationen mit zahlreichen hochschulpolitischen AkteurInnen und breiten Bündnissen eine ideale Plattform, um sich für bessere Studienbedingungen und eine sozial gerechte Hochschule einzusetzen. Im Kampf gegen Studi-

engebühren und für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für studentische Beschäftigte zeigen sich bereits Erfolge.

Um noch wirkungsvoller zu werden, braucht die GEW Unterstützung und Hilfe von Menschen, die motiviert sind, die herrschenden Verhältnisse zu verändern und sich für ein positives Studienumfeld und ein soziales Klima zu engagieren. Gemeinsam mit dir wollen wir unsere Umwelt aktiv gestalten und verändern. Die GEW braucht deine Hilfe!

Doch der gemeinsame Kampf für deine Interessen ist nur ein Grund, sich

in der Gewerkschaft zu engagieren. Die GEW bietet auch die Möglichkeit, aus erster Hand Informationen zu bildungspolitischen Themen zu bekommen und ist die kompetenteste Ansprechpartnerin auf diesem Gebiet. Bei praktischen Fragen wie z.B. Studienfinanzierung, Bafög und Jobben bietet die GEW ein umfangreiches Beratungsnetz. Für den Fall, dass es auch mal hart auf hart kommt, unterstützt dich die Gewerkschaft mit Rechtsberatung und Rechtsschutz. Wenn wir dein Interesse an der GEW geweckt haben und du mehr erfahren möchtest, dann nichts wie los! Melde dich! Wir stehen dir für Fragen, Gespräche und aktives Engagement offen oder schicken dir gerne ein ausführliches Informationspaket. Veränderung ist möglich, aber nur gemeinsam!

Wir fordern Freispruch!

Großes Medieninteresse nach der Urteilsverkündung im Autobahn-Prozess am 2. Mai: Lena Behrendes blickt zuversichtlich der nun nötig gewordenen Revisionsverhandlung entgegen.

Im August 2007 wurden vier Studierende vom Marburger Amtsgericht zu hohen Geld- und Freiheitsstrafen auf Bewährung verurteilt. Der Grund dafür: Sie gehörten im Protestsommer 2006 zu jenen StudiengebührengegnerInnen, die ihren Protest auch auf die Marburger Stadtautobahn B 3A trugen.

Von März bis Mai fanden die Berufungsverfahren vor dem Landgericht Marburg statt. In der Verhandlung der drei Marburger Angeklagten wurde deutlich, dass selbst die beteiligten Polizisten das Geschehen vor Ort nicht als Straftat eingeschätzt hatten: „Wir waren der Meinung, dass hier das Versammlungsrecht greift.“

Das Gericht verwarf zwar den Vorwurf der Freiheitsberaubung und kassierte die Freiheitsstrafen, verurteilte die Angeklagten am 2. Mai jedoch wegen angeblicher Nötigung zu Geldstrafen. Damit wertete es die Rechte der AutofahrerInnen auf eine ungestörte Fahrt höher als die Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Die ehemalige Marburger AStA-Vorsitzende Lena Behrendes kündigte bereits an, beim Oberlandesgericht Frankfurt Revision einzulegen. Die Studierenden und die GEW fordern weiterhin einen Freispruch.

Weitere Infos: www.marburg-b3a.de/



Dein Kontakt zur GEW

Willst Du Infomaterial erhalten (z.B. „Jobben und Studium“, zu Lehramt oder Hochschulpolitik), Fragen oder Kommentare loswerden oder bei uns mitmachen? Die GEW Ansprechpartner helfen gerne weiter.

GEW-Landesstudierendensprecher
GEW-Landesstudierendensprecher: Nathalie Meyer, Amin Benaisa und Florian Hartmann:
studierende@gew-hessen.de

Marburg
Andreas Staets, GEW-Wissenschaftsbüro, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg, Fax: 06421/ 95 23 96
Mail: wiss@gew-hessen.de

Kassel
Sebastian Lenth, GEW Studierendengruppe c/o GEW, Friedrich-Engels-Str. 26, 34117 Kassel
Tel: 0561/ 77 17 83
Mail: Sebastian.Lenth@gew-nordhessen.de

Frankfurt
Katharina Wagner, GEW Studierendengruppe Frankfurt c/o GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
Fax: 069/ 97 12 93 93
Mail: gew-unifrankfurt@gmail.com
Web: <http://www.gew-uniffm.de>

Gießen
Tjark Sauer, c/o AStA der Uni Gießen, Otto-Behagel-Straße 23-27, 35394 Gießen,
Fax: 0641/ 47 11 3
Mail: tjark.sauer@gmx.de

Kupon

Ich möchte...

- Infos über die GEW-Positionen
 - zu studentischen Hilfskräften
 - zur Promotionsphase
 - zu wissenschaftlichen Beschäftigten
- die Broschüre der DGB-Jugend „Was tun Gewerkschaften“
- Infos zur Studierenden-Mitgliedschaft in der GEW

Meine Anschrift:

Bitte schicken an:

GEW Büro für Hochschule und Forschung
Schwanallee 27-31
35037 Marburg
Fax: 06421/ 95 23 96
Mail: astaets@gew-hessen.de

